

## „Reich“ und „Nation“ im deutschen Liberalismus nach 1945<sup>1</sup>

Das für das vorjährige Kolloquium zur Liberalismus-Forschung übertragene Thema ist einerseits ein reizvolles, zugleich aber auch ein sperriges. Das hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen, vor allem natürlich mit den erkenntnisleitenden Begriffen. So liest man in dem sehr verdienstvollen, monumentalen begriffsgeschichtlichen Lexikon „Geschichtliche Grundbegriffe“ über den Reichs-Begriff, er sei „vermutlich das komplizierteste, vielschichtigste und aspektenreichste Begriffsfeld älterer Staatssprache“.<sup>2</sup> „Nation“ wird zwar im genannten Werk eher beiläufig im Zusammenhang mit anderen Begriffen behandelt,<sup>3</sup> dürfte aber als Begriff an Komplexität dem „Reich“ nicht allzu viel nachstehen.<sup>4</sup> Dazu kommt: Was ist eigentlich „deutscher Liberalismus nach 1945“, wer oder was gehört dazu? Selbst wenn man diesen eingrenzt auf die nach Anspruch und Selbstverständnis liberalen Parteien in Deutschland seitdem und deren Protagonisten und Protagonistinnen, bleibt doch eine unüberschaubare Quellenmenge. Also muss eine Auswahl getroffen werden, in der Hoffnung, damit wenigstens einen ersten Überblick geben zu können. Spezifische begriffsgeschichtliche Vorarbeiten zum Verhältnis von Liberalismus zu Nation und Reich liegen für das späte 20. Jahrhundert nicht vor, im Gegensatz zu Untersuchungen über die liberale Deutschland-Politik,<sup>5</sup> die aber nur einen Teilaspekt meines Themas bildet.

Auswahl heißt hier nun, dass nach der Verwendung der beiden Leitbegriffe sowohl in maßgeblichen – mithin sich durch überregionale Bedeutung

1 Zu vielfachem Dank verpflichtet ist der Autor seinen früheren Gummersbacher Kollegen Susanne Ackermann und Fabian Theurer für umfangreiche und immer prompte logistische Hilfe nicht nur in corona-bedingten Zeiten des „Abstandes“.

2 Art. Reich. In: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 423–508, hier S. 423 (Peter Moraw).

3 Vgl. Art. Volk, Nation, Nationalismus, Masse. In: Ebd., Bd. 7. Stuttgart 1992, S. 141–431.

4 Vgl. z. B. die Einleitungen von Otto Dann: *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*. München 1993, S. 11–17, oder jetzt Helmut Walser Smith: *Deutschland. Geschichte einer Nation*. München 2021, S. 9 f.

5 Am umfangreichsten durch Mathias Siekmeier: *Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung*. Köln 1998; vgl. auch Clemens Heitmann: *FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972*. Sankt Augustin 1989.

auszeichnenden – Programmen liberaler Parteien zwischen 1945 und 1969 als auch bei herausragenden Politikern dieser Parteien, in erster Linie den Parteivorsitzenden, gesucht wird. Die Beschränkung auf den Zeitraum bis zur Bildung der sozial-liberalen Koalition ergibt sich dabei nicht nur aus der als allgemein bekannt vorausgesetzten Entwicklung des seit Ende 1948 in der FDP vereinten west- bzw. bundesdeutschen Liberalismus. Sie folgt auch der Auffassung von Otto Dann, der diese Zeit als „Auslaufjahre“ für die Begriffe „Reich“ und „Reichsnation“ bezeichnet hat.<sup>6</sup>

## I. Vor Gründung der deutschen Nachkriegsstaaten

Am 8. November 1948 schrieb der designierte FDP-Vorsitzende Theodor Heuss an den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue: „Der historische und symbolische Begriff ‚Reich‘ ist mit der Geschichtslage, in der wir stehen und in die wir treten, nicht vereinbar.“<sup>7</sup> Ganz offensichtlich hatte bei ihm in Folge der Ereignisse zwischen 1933 und 1945 ein Gesinnungswandel stattgefunden: Zwanzig Jahre zuvor hatte er nämlich noch konstatiert, dass das „Deutsche Reich“ als „politischer Faktor suo iure“ auch nach den Umbrüchen des Novembers 1918 unabhängig von der inzwischen untergegangenen Bismarckschen Grundlage „fortleben“ würde.<sup>8</sup> Entsprechend seiner neuen Linie hatte sich Heuss, der liberaler Fraktionsvorsitzender im Parlamentarischen Rat war, im dortigen Ausschuss für Grundsatzfragen geäußert und sich wegen des „aggressiven“ Beiklangs beim Reichs-Begriff für die Staatsbezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ stark gemacht.<sup>9</sup> Damit hätte es eigentlich sein Bewenden haben können, wenn der führende Mann der in Gründung befindlichen FDP diese Position vertrat, von der Heuss behauptete, sie sei einhellig im Parlamentarischen Rat.<sup>10</sup>

Dass in Bezug auf der FDP offenbar dem so nicht war, belegte ein gutes Jahrzehnt später eine der ersten Tagungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, die 1961 danach fragte: „Was bedeuten uns heute Volk, Nation, Reich?“<sup>11</sup> Diese Veranstaltung war mit Hermann Aubin, Ludwig Dehio,

6 Dann: Nation (wie Anm. 4), S. 317.

7 Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949. Hrsg. v. Ernst Wolfgang Becker. München 2007, S. 421.

8 Theodor Heuss: Politik. Ein Nachschlagewerk für Theorie und Praxis. Halberstadt 1927, S. 44.

9 Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Bd. 5/1: Ausschuß für Grundsatzfragen. Bearb. von Eberhard Pikart und Wolfram Weber. Boppard 1993, S. 169 ff.

10 Heuss: Erzieher (wie Anm. 7), S. 421.

11 Was bedeuten uns heute Volk, Nation, Reich? Vorträge und Diskussionen auf einer Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bad Soden. Stuttgart 1961.

Gerhard Leibholz und Walter Bußmann als Referenten zumindest aus Sicht der Geschichts- und Rechtswissenschaft hochrangig besetzt und ist dann später auch in besagtem Lexikon-Artikel zum „Reich“ zitiert worden.<sup>12</sup> Interessant sind in unserem Zusammenhang aber nicht die Ausführungen der historischen und verfassungsrechtlichen Experten, sondern der „Politiker“, die allerdings nicht der ersten Reihe der FDP angehörten.

Ein weiteres, gewichtigeres Indiz, dass die Vorbehalte von Theodor Heuss gegen den Reichs-Begriff keineswegs Allgemeingut in seiner Partei waren, ist ein Plakat, mit dem der FDP-Kreisverband Essen 1949 warb. Die ausdrückliche Botschaft lautete: Mit dem Gründungsakt von Heppenheim – der ja bekanntlich nur die Liberalen in den Westzonen umfasste – sei „der Zusammenschluß aller Kräfte im Kampf um das Reich erfolgt“.<sup>13</sup> Zur auffälligen Ikonographie des Plakats sei nur kurz auf die Rolle des offenbar alles zusammenhaltenden FDP-Verbandes der britischen Zone als „Außenring“ hingewiesen, während sein Pendant aus der amerikanischen Zone nicht als solcher, sondern nur in Form der einzelnen Regionalverbände dort auftaucht. Den innersten Ring bildet der „LDP-Landesverband Berlin“, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in einen westlichen und östlichen aufgespalten hatte.

Interessant ist die Herkunft des Werbematerials: Essen war der Heimatkreisverband von Parteivize Franz Blücher,<sup>14</sup> der auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat war, und gehörte zur britischen Zone, wo der von Friedrich Middelhaue geleitete FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen eine bestimmende Rolle spielte. Die Absage von Heuss an den Reichs-Begriff hatte offenkundig dort kaum Beachtung gefunden.

Das war sicherlich kein zufälliges Übersehen, wenn man einen Blick auf die Programme der verschiedenen liberalen Nachkriegsgründungen wirft. Die Begriffe „Reich“ und „Nation“ tauchen zwar weder im Berliner Gründungsaufwurf der „Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ von Anfang Juli 1945<sup>15</sup> noch ein Jahr später bei den bayerischen und württembergisch-badischen Liberalen auf.<sup>16</sup> Sie fehlen auch in der knappen „Heppenheimer Proklamation“, auf die sich der erste Bundesvorstand der FDP verständigt hatte und wo Ende 1948 ganz im Sinne des neuen Parteivorsitzenden Heuss

12 Art. Reich (wie Anm. 2), S. 507 (Elisabeth Fehrenbach).

13 In: Archiv des Liberalismus (ADL), Gummersbach, Fotos P2\_0053.

14 Vgl. Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985, S. 142.

15 Vgl. ADL IN5–181.

16 Vgl. Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 72–75.

lediglich von „Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa“ die Rede war.<sup>17</sup>

Ganz anders als im Süden und Osten sah es aber in der britischen Zone aus. Als der dortige FDP-Zonenverband Anfang 1946 „Programmatische Richtlinien“ veröffentlichte, da bildete die „Wiederherstellung eines Deutschen Reiches“ den ersten Programmpunkt. Mindestens noch sechs weitere Male fand der Begriff „Reich“ hier Verwendung. Aber mindestens ebenso häufig wurden die Begriffe „Freiheit“ und „frei“ benutzt, und am Schluss stand der eindeutig an die Weimarer Republik anknüpfende Aufruf: „Frei sei der Mensch im freien Staat und frei der deutsche Volksstaat im freien Bund der Völker und Staaten der Erde!“<sup>18</sup> Ein ähnlicher Anklang an Weimar tauchte ein halbes Jahr später in den „Programmatischen Richtlinien“ der ebenfalls zum britischen Zonenverband gehörenden Hamburger FDP auf, die sich zur „demokratischen Republik“ bekannte und dies dann so präzisierete: „Das deutsche Reich muß ein Einheitsstaat auf der Grundlage dezentralisierter Selbstverwaltung in Ländern und Gemeinden sein.“<sup>19</sup>

„Deutsch“ war hier im Gegensatz zum zonalen Dachverband zumindest in der später edierten Form klein geschrieben, was vermutlich kein Zufall war; auch war Reich hier ein Einzelbegriff und wurde nicht wiederholt aufgegriffen. Die „Reichs-Rhetorik“ unterschied sich demnach zwischen Hamburgern und Zonenverband, in dem ab Mitte 1946 die Vertreter aus Nordrhein-Westfalen mit dem Vorsitzenden Blücher und seinem Stellvertreter Middelhaue den Ton angaben.<sup>20</sup> Das deutet schon darauf hin, dass der Reichs-Begriff im liberalen Kontext durchaus etwas Unterschiedliches meinen konnte: Bei den Hamburgern stand er wohl lediglich stellvertretend für einen Oberbegriff, der auf Gesamtdeutsches oberhalb der Zonen hinwies, der aber politisch eher nicht aufgeladen war. In diesem Sinn ist wohl auch ein Brief des in Dresden lebenden Johannes Dieckmann – einem gebürtigen Norddeutschen und früheren DVP-Landtagsabgeordneten – zu verstehen, der Mitte Juli 1945 an Wilhelm Külz, vor 1918 Nationalliberaler und ehemaliger Oberbürgermeister der sächsischen Hauptstadt, in Berlin schrieb, die Dresdner Gründung

17 Ebd., S. 87 f., hier S. 87.

18 Ebd., S. 70 ff., hier S. 70 u. 72. Karsten Schröder: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Düsseldorf 1985, S. 159 f., betont die wirtschaftsliberale Ausrichtung des Dokuments, nicht die nationale. Dort lassen sich aber weitere Belege für die Bedeutung der „Reichseinheit“ für den Vorstand des Zonenverbandes finden, vgl. etwa ebd. S. 52 u. 289; vgl. auch Lothar Albertin/Hans F. W. Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Düsseldorf 1995, S. 85, 104, 236 mit Anm. 28, 349.

19 Juling: Entwicklung (wie Anm. 16), S. 76.

20 Vgl. Lothar Albertin: Einleitung. In: Ders./Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus (wie Anm. 18), S. IX–XXXVII, hier S. XXXI.

einer frühere DDP- und DVP-Mitglieder umfassenden Partei dort sei „als Keimzelle für das ganze Reich gedacht“.<sup>21</sup>

Külz gehörte zum Gründerkreis der LDP in Berlin, der in seinem ersten öffentlichen Auftritt kurz zuvor – wie erwähnt – den Reichs-Begriff nicht verwandt hatte. Das hieß allerdings nicht, dass er in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im Sinne von Theodor Heuss als Bezugspunkt gänzlich obsolet gewesen wäre. Eine Leipziger Gründungsinitiative z. B., bei der sich auch Heuss' späterer Fraktionskollege im Parlamentarischen Rat, Hans Reif, engagierte, beschwor das „Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben“, als das ihrige.<sup>22</sup> Die Erinnerung an das „Reich“ im Positiven wie Negativen war also auch nach dessen möglicherweise nur vorläufigem Ende natürlich noch allgegenwärtig. So ließen etwa die alliierten Militärregierungen in Ost und West noch bis 1948 „Reichspfennig“-Münzen im Namen des „Deutschen Reiches“ prägen.<sup>23</sup> Wilhelm Külz wiederum, der Ende 1945 die Führung der ostzonalen LDP übernahm, bezeichnete seinen Vorstand als liberale „Reichsleitung“ mit unterstützender „Reichsgeschäftsstelle“, was nun nicht nur eine geographische Bezeichnung, sondern einen gesamtdeutschen Anspruch meinte.<sup>24</sup>

Auch wenn der Versuch, unter Berliner Führung eine liberale „Reichspartei“ zu bilden, von den auf ihre Eigenständigkeit bedachten westlichen Landesverbänden, insbesondere im Südwesten, immer wieder abgeblockt wurde,<sup>25</sup> hielt die LDP-Spitze diesen Anspruch zumindest nominell bis 1948 aufrecht, also so lange noch einige Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung bestehen konnte. Aber als dann 1947 mit der „Demokratischen Partei Deutschlands“ eine über-zonale kurzlebige Dachorganisation der deutschen Liberalen in Ost und West zustande kam, spielte das „Reich“ dort programmatisch keine Rolle: Als gemeinsames Ziel wurde zurückhaltend die „Bildung eines neuen Gesamtdeutschlands“ angeführt.<sup>26</sup> Anderes hätte sicherlich der – neben Külz – zweite Vorsitzende Theodor Heuss auch nicht

21 Zitiert nach Eckard Krippendorf: Die Gründung der Liberaldemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 290–309, hier S. 296; zu beiden vgl. Jürgen Frölich: Johannes Dieckmann. In: Torsten Oppeland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1, Darmstadt 1999, S. 60–71, sowie ders.: Wilhelm Külz. In: Hubert Höing (Hrsg.): Schaumburger Profile. Ein historisch-biographisches Handbuch. Bielefeld 2008, S. 184–187.

22 Zitiert nach Krippendorf: Gründung (wie Anm. 21), S. 308.

23 Vgl. Günter Schön: Kleiner deutscher Münzkatalog. 52. Aufl. Regenstauf 2022, S. 168 f.

24 Vgl. Krippendorf: Gründung (wie Anm. 21), S. 295, sowie Jürgen C. Heß: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 9 (1997), S. 83–121, hier S. 87.

25 Vgl. Schröder: FDP (wie Anm. 18), S. 283–290, und Hein: Milieupartei (wie Anm. 14), S. 278–291.

26 Die Grundsätze der DPD. In: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands: Mitteilungsblatt Nr. 21 v. 31.7.1947, S. 4 f., hier S. 4.

mitgetragen, auf dessen Umfeld der Entwurf zurückging.<sup>27</sup> Aber auch das Anfang 1949 verabschiedete einzige Parteiprogramm der LDP vermied dann jede Verwendung des Begriffes „Reich“ ebenso wie von „Nation“.<sup>28</sup> Nach dem alsbald endgültig durchgesetzten Führungsanspruch der SED war natürlich auch den Liberaldemokraten über viele Jahrzehnte keine eigenständige programmatische Äußerung mehr möglich.

Das war im Westen anders, auch wenn hier die Verabschiedung eines Parteiprogrammes für die Bundespartei auf sich warten ließ. In Heppenheim Ende 1948 konnten sich die Anhänger des „Reiches“ wie erwähnt nicht durchsetzen. Die auf dem nächsten Parteitag in Bremen verabschiedete, sehr viel ausführlichere Plattform für die erste Bundestagswahl enthielt aber ein „Memorandum zur Flaggenfrage“, welches die Spaltung der Partei klar aufzeigte: Nach der einstimmigen Entscheidung des Parlamentarischen Rates erkannte die FDP zwar „die Flagge schwarz-rot-gold als die Fahne des neuen Deutschlands an“. Das Memorandum fuhr dann aber fort: „Der schwarz-weiß-roten Fahne wird sie immer ein ehrfurchtsvollen (sic!) Gedenken bewahren.“ Das Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold dürfte deshalb leicht gefallen sein, weil sich ja auch damit der Reichsgedanke verbinden ließ: „Unter den Farben schwarz-rot-gold begann vor 100 Jahren der Kampf um die Einigung der deutschen Stämme in einem Reiche des Rechts und der Freiheit.“<sup>29</sup> Die Erinnerung an 1848 ließ also auch im Westen ähnlich wie vorher im Leipziger Gründerkreis um den Weimarer Linksliberalen Hans Reif einen gesamt-liberalen Anschluss an den Reichs-Begriff zu, der so gewissermaßen innerparteilich Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot miteinander zu verbinden schien.

## II. Das erste Jahrzehnt der Bundesrepublik

Doch diese vermeintliche Brücke eines mehrdeutigen Reichs-Begriffs trug nicht wirklich, um die unterschiedlichen Flügel der FDP zu integrieren. Das wird ganz deutlich bei dem Konflikt, der für die Spaltung der frühen FDP als paradigmatisch gilt, der Kampf um ein in Heppenheim nicht zustande gekommenes Grundsatzprogramm. Dazu lagen Ende 1952 zwei Entwürfe vor, einer aus Nordrhein-Westfalen, von Hessen und Niedersachsen mitgetragen, und einer aus Hamburg, der die Unterstützung von Baden-Württemberg fand. Die Entwürfe brachten schon im Namen – hier „Liberales Manifest“,

27 Vgl. Schröder: FDP (wie Anm. 18), S. 291, Anm. 55, sowie Heuss: Erzieher (wie Anm. 7), S. 299.

28 Vgl. LDP-Parteiprogramm. Beschlossen am 27. Februar 1949 in Eisenach, ADL IN5–202.

29 Alle Zitate nach Jüling: Entwicklung (wie Anm. 16), S. 92.

dort „Deutsches Programm“ – ihre unterschiedliche Stoßrichtung zum Ausdruck. Ersteres forderte natürlich auch die „Einheit Deutschlands“, was in Form des „demokratischen Staat(es)“ geschehen sollte, „der aus Untertanen, die den Gesetzen gehorchen, Bürger macht, die Gesetze achten“.<sup>30</sup>

Gänzlich anders klang es im „Deutschen Programm“, das folgendermaßen begann: „Wir bekennen uns zum Deutschen Reich als der überlieferten Lebensform unseres Volkes und als der Verwirklichung seiner Einheit.“<sup>31</sup> Das sah dann doch sehr nach Schwarz-Weiß-Rot aus und war insofern keine Überraschung, als die hinter dem „Deutschen Programm“ stehenden Landesverbände, insbesondere Nordrhein-Westfalen, eine rechtslastige Strategie der „Nationalen Sammlung“ verfolgten.<sup>32</sup> In der Gesamtpartei konnte man sich damit nicht durchsetzen, die Programmfrage wurde auf einem reichlich kontroversen Parteitag in Bad Ems zunächst einmal vertagt.

Die dabei zum Ausdruck kommenden Richtungskämpfe wurden bis zur Mitte des Jahrzehnts nicht allein, aber hauptsächlich durch koalitionspolitische Veränderungen im Bund und im größten Land Nordrhein-Westfalen entschieden. Die Strategie der „Nationalen Sammlung“ wurde dadurch in der Folge obsolet, die Freien Demokraten gingen mit dem Anspruch einer „Dritten Kraft“ zwischen Union und SPD in die Bundestagswahl von 1957.<sup>33</sup> Wirkte sich die strategische Neuausrichtung auch programmatisch im Hinblick auf die „Reichs-Rhetorik“ aus?

Das ist nicht eindeutig zu beantworten. In der ersten programmatischen Verlautbarung nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung, welches auch den Verlust sämtlicher Minister und eines Teils der Bundestagsfraktion bedeutete, wurde der Reichs-Begriff nicht aufgegriffen. Zur nach wie vor prioritären deutschen Frage hieß es in der sogenannten „Würzburger Entschließung“ vom April 1956: „So lange Deutschland geteilt sein wird, halten die Freien Demokraten die Wiedervereinigung für die dringlichste Aufgabe der Nation, – nicht nur um Deutschlands, sondern um der Friedensordnung in der Mitte Europas willen.“<sup>34</sup> Statt „Reich“ tauchte hier erstmals – soweit ich sehe – in einer übergeordneten Programmschrift die „Nation“ auf, als Synonym für „Deutschland“, mithin ohne größere politische Aufladung.

30 Zitiert nach ebd., S. 125 f., zum Hintergrund vgl. Theo Rütten: Von der Plattform-Partei zur Partei des liberalen Programms. In: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 66–80, bes. S. 71 ff.

31 Zitiert nach Jüling: Entwicklung (wie Anm. 16), S. 120.

32 Vgl. dazu zuletzt, wenn auch aus z. T. überkritischer Perspektive Kristian Buchna: Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30 (2018), S. 235–260.

33 Vgl. Jüling: Entwicklung (wie Anm. 16), S. 27 f., u. Heino Kaack: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundzüge und Materialien. Meisenheim am Glan 1976, S. 22 f.

34 Zitiert nach Jüling: Entwicklung (wie Anm. 16), S. 144.

Dennoch nahm die Partei nun nach ihrer versuchten Positionierung in der politischen Mitte nicht völlig Abschied von der Reichsidee. Diese tauchte wieder auf, als zu Beginn des Wahljahres 1957 in Berlin das erste Parteiprogramm verabschiedet wurde. Denn dessen zehnter und letzter Punkt lautete:

„Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Ziel dienen.“<sup>35</sup>

Mit „Reich“ war hier eindeutig die Wiederherstellung eines deutschen Staates in den Grenzen von 1937 gemeint. Ob darin auch ein deutscher Vormachtanspruch enthalten war, erscheint jedoch eher zweifelhaft.

Denn in der Folgezeit stellten sich bei den Verantwortlichen offenbar Zweifel ein, ob sich dieses weitgefasste Ziel in absehbarer Zeit und ohne größere Friktionen realisieren ließ. Jedenfalls floss der Reichs-Begriff nicht in das „Aktionsprogramm“ für die Bundestagswahl 1957 ein. Dort hieß es ein halbes Jahr nach dem „Berliner Programm“: „Die Wiedervereinigung, mit Berlin als Deutschlands Hauptstadt, muß oberstes Ziel des Bundestags und jeder deutschen Regierung sein.“ Die mögliche Einbeziehung der ehemaligen Ostgebiete wurde dabei jetzt abgeschwächt als Warnung vor „der Preisgabe von Gebieten, auf die Deutschland einen Rechtsanspruch hat“, ausgedrückt.<sup>36</sup>

### III. Die sechziger Jahre

Das „Reich“ fehlte auch in dem ausführlichen deutschlandpolitischen Vorschlag, den die FDP-Bundestagsfraktion Anfang 1959 als „Grundriß eines deutschen Friedensvertrags“ vorlegte. Stattdessen fand eine bemerkenswerte Begriffsverschiebung statt, bei der gewissermaßen der Deutschland-Begriff den Reichs-Begriff ersetzte. Man stellte nämlich den einzelnen Vorschlägen jeweils eine explizite Definition voran, die an der entscheidenden Stelle besagte: „Unter dem Begriff ‚Deutschland‘ wird Deutschland in seiner wiederhergestellten staatlichen Einheit verstanden.“ Und bei der Grenzfrage zeigte man sich jetzt anders als im Berliner Programm zwei Jahre zuvor verständigungsbereit: „Die Grenzen Deutschlands im Osten müssen deshalb so gezogen werden, dass nicht [...] die vom deutschen Volk aufrichtig gewünschte dauerhafte Versöhnung mit den Nachbarn im Osten in der Zu-

35 Zitiert nach ebd., S. 154.

36 Beide Zitate nach ebd., S. 155.



kunft gefährdet wird.“<sup>37</sup> Im weiteren Verlauf des Dokuments wird deutlich, dass der Schwerpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen vor allem in – natürlich unter Aufsicht der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs stattfindenden – innerdeutschen Verhandlungen und Abstimmungen liegen sollte, um die „staatliche Einheit Deutschlands“ wiederherzustellen.<sup>38</sup> Bei dieser Ausgangslage war natürlich der Reichs-Begriff nunmehr eher hinderlich.

In ihren programmatischen Verlautbarungen des folgenden Jahrzehnts trat das „Reich“ für die FDP immer weiter zurück. Für die Bundestagswahl 1961 wurde die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ nur noch als Wahrung eines „Rechtsanspruchs“ formuliert.<sup>39</sup> Bis Mitte der 1960er Jahre verschwand aber auch dieser Rechtsanspruch,<sup>40</sup> und im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1969 fand sich dann die faktische – nicht juristische – Anerkennung „von zwei deutschen Staaten“, die aber „zueinander nicht Ausland sind“.<sup>41</sup> Die Reichs-Idee war damit auch im westdeutschen Nachkriegsliberalismus ad acta gelegt worden.

#### IV. Thomas Dehler, Reinhold Maier und das „Reich“

Dass die Reichs-Idee bis dahin eine Zeit lang zweifellos virulent war, hatte auch mit den handelnden Personen zu tun. Ein Blick auf diese kann zudem die unterschiedlichen Konnotationen, die mit dem Reichs-Begriff damals einhergingen, verdeutlichen. Von der „Reichs“-Skepsis des ersten FDP-Vorsitzenden Theodor Heuss war schon die Rede, ebenso von der wahrscheinlichen Pro-Reichs-Position seines Nachfolgers Franz Blücher.<sup>42</sup>

Die möglicherweise interessanteste, in jedem Sinne schillerndste Gestalt in dieser Hinsicht ist der dritte Parteivorsitzende Thomas Dehler. Anders als sein unmittelbarer Vorgänger, aber ganz ähnlich wie Heuss stammte der Franke aus dem süddeutschen Linksliberalismus und war in der Weimarer DDP politisch sozialisiert worden. Aber im Gegensatz zu Heuss nahm Dehler zur Reichs-Idee eine völlig andere Position ein. Das wurde erstmals 1950 deutlich, als der Bundesjustizminister Dehler mit öffentlicher Kritik an der französischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg das Missfallen von Kanzler Konrad Adenauer erregte und in diesem Zusammenhang auch behauptete,

37 Beide Zitate nach ebd., S. 159.

38 Vgl. ebd., S. 160 f., Zitat S. 160.

39 Zitiert nach ebd., S. 163.

40 Vgl. Nürnberger Entschlüsse 1966. In: Ebd., S. 177 f. und Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei (1967). In: Ebd., S. 196 ff.

41 Zitiert nach ebd., S. 207.

42 Blücher hielt es aber schon früh, im Februar 1947, für wahrscheinlich, dass der Reichs-Begriff „verschwinden wird“, vgl. Albertin/Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus (wie Anm. 18), S. 146.

dass das deutsche Kaiserreich keine besonders aggressive Außenpolitik betrieben habe und die Schuld am Kriegsausbruch 1914 vor allem in St. Petersburg und Wien zu suchen sei.<sup>43</sup>

War dies schon ein gewisser Widerspruch zu der Position, die der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende und nunmehrige Bundespräsident Heuss eingenommen hatte bzw. einnahm, so gerieten dieser und Dehler Ende 1952 über diese Frage in eine tiefgreifende Kontroverse. Auslöser hierfür war, dass Dehler auf dem Parteitag in Bad Ems, der eigentlich über die Programmfrage entscheiden sollte, zunächst in einer Rede das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ beschworen und es dann auch noch in einer Pressekonferenz gegenüber einem nachfragenden Schweizer Journalisten als „Ordnungskraft“, die „allein die Dinge in Europa am Ende gesund machen (wird)“, glorifiziert hatte.<sup>44</sup> Für Heuss, der schon früher eine Verklärung des „Alten Reiches“ vehement abgelehnt hatte<sup>45</sup> und für den sich der „Reichs-Begriff“ nach 1871 durchgängig mit dem Bismarck-Staat verband,<sup>46</sup> dessen Wiederbelebung er aber auch nicht für sinnvoll hielt, waren Dehlers Ausführungen starker Tobak: Wiederbelebungsversuche des Alten Reiches hielt er schon aufgrund der kaum lösbaren Frage, wie darin die preußische Tradition integriert werden sollte, für „etwas in der heutigen Situation schier Unerträgliches“.<sup>47</sup>

Dehler dagegen war der Auffassung, dass die „Reichsidee“ selbst in dieser Form geeignet sei, die divergierenden Kräfte in der FDP miteinander zu versöhnen.<sup>48</sup> Auch durch die scharfe Kritik von Heuss ließ er sich nicht davon abbringen. Denn anderthalb Jahre später formulierte er anlässlich einer stark militärisch inszenierten FDP-Gedenkfeier zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR: „Deutschland wird wieder zu Deutschland finden und das Reich wird kommen.“<sup>49</sup> Der Ort der Kundgebung am Hermanns-Denkmal bei Detmold legt nahe, dass Dehler diesmal den Bismarck-Staat meinte, und in der Tat wurde in der FDP-Parteipublizistik die Veranstaltung als

43 Vgl. Holger Löttel (Bearb.): Adenauer und die FDP. Paderborn u.a. 2013, S. 135 f.

44 Vgl. Jürgen Frölich: Zwischen Reich und FDP, Bundesverfassungsgericht und Sozialismus. Theodor Heuss an Thomas Dehler am 25.11.1952. In: Ines Soldwisch/Ders. (Hrsg.): Theodor Heuss im Original. Ausgewählte Dokumente in der Analyse. Hamburg 2013, S. 91–106, hier S. 97.

45 Heuss: Erzieher (wie Anm. 7), S. 276 u. 521.

46 Vgl. Heuss: Politik. (wie Anm. 8), S. 44, sowie ders.: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch (1951). In: Lothar Gall (Hrsg.): Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945. Köln/Berlin 1971, S. 255–276, hier S. 259.

47 Zitiert nach Frölich: Reich (wie Anm. 44), Anhang, S. 108.

48 Vgl. ebd., S. 103.

49 Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt 2003, S. 124 ff., Zitat S. 126.

„Bekenntnis [...] zu einem unteilbaren Deutschen Reich“ nach außen kommuniziert.<sup>50</sup>

Dehler, selbst sicher nicht ganz unschuldig an den innerliberalen Verwerfungen zur Jahreswende 1955/56, die zum Koalitionsbruch in Bonn und Düsseldorf führten, traf offenbar mit dieser Rhetorik die Stimmung zumindest eines Teils der FDP. Trotz seines unberechenbaren und von zahlreichen Eskapaden geprägten Kurses blieb er zunächst weiterhin Parteivorsitzender. Im Januar 1957 wählte man dann den fast ein Jahrzehnt älteren Reinhold Maier zu seinem Nachfolger an der Parteispitze.<sup>51</sup>

Es war derselbe Parteitag, auf dem das Berliner Programm mit seinem Bekenntnis zum Deutschen Reich verabschiedet wurde, wobei vorläufig unklar bleiben muss, wer dafür verantwortlich war. Denn auch Reinhold Maier hatte sich unmittelbar nach Kriegsende durchaus auch der „Reichs-Rhetorik“ bedient und vor der ersten Landesvertretung in Württemberg-Baden 1946 erklärt: „Mit jeder Faser unseres Herzens und unseres Verstandes müssen wir auf das Reich zustreben.“<sup>52</sup> Später hat er sich seinem Biographen zufolge davon stillschweigend distanziert.<sup>53</sup> Schon in seiner Rede zum Dreikönigstreffen 1948 mit dem vielsagenden Titel „Wir suchen Deutschland“ hat Maier jeden aktuellen Bezug auf das „Reich“ vermieden.<sup>54</sup> Es war wohl kein Zufall, dass mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch ihn wie dargelegt der Reichs-Begriff weitgehend aus der programmatischen Rhetorik der Bundes-FDP verschwand.

Nicht allerdings aus der politischen Rhetorik Dehlers. Anfang des Wahljahres 1961, als sich die FDP-Führung unter dem Vorsitz Erich Mendes große Hoffnungen machte, an der Seite der CDU in die Regierung zurückzukehren, bezeichnete Dehler die Bundesrepublik als eine Art „Rheinbund-Staat“,<sup>55</sup> was natürlich sofort wieder Reminiszenzen an das „Alte Reich“ aufwarf. Das brachte ihm die Kritik Mendes und von Teilen der Bundestagsfraktion ein, während ihm andere wie der „starke Mann“ des Landesver-

50 Zitiert nach ebd., S. 125.

51 Vgl. Udo Wengst: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 291–306.

52 Zitiert nach Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1990, S. 309.

53 Vgl. ebd., S. 317.

54 Vgl. Wir suchten Deutschland 1848. Wir suchen Deutschland 1948. Zwei Reden, gehalten von Minister a. D. Dr. Theodor Heuss und Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier. Stuttgart o. J. [1948], S. 9–16.

55 In der veröffentlichten Fassung der Rede Dehlers taucht der von Erich Mende dann inkriminierte, möglicherweise von Dehler-Kritikern aus Reihen der CDU/CSU übernommene Begriff nicht auf, vgl. Vortrag des Bundestagsvizepräsidenten Dehler: Wiederherstellung der Rechtseinheit Deutschlands bei der Wiedervereinigung. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe, Bd. 6,1, bearb. von Rainer Salzmänn. Frankfurt a. M. 1975, S. 31–43.

bandes Nordrhein-Westfalen Wolfgang Döring beisprangen. Dieser warnte, es würde an der Parteibasis gar nicht gut ankommen, wenn man sich von Dehler distanzieren. Dieser wehrte sich bei dieser Gelegenheit nochmals vehement dagegen, „aus der Bundesrepublik das Vaterland zu machen“.<sup>56</sup>

Das wiederum lässt vermuten, dass diese Art von „Reichs-Rhetorik“ an der FDP-Basis auch jetzt nicht völlig obsolet war. Und Dehler blieb in dieser Hinsicht völlig unbeirrbar. Noch 1965 verband er sein bekanntes „Lob auf Franken“ mit dem Wunsch: „Franken war und muß wieder werden die Nahtstelle des Reiches.“<sup>57</sup> Es wäre reizvoll, der Frage nachzugehen, ob nicht nur das Lebensalter, sondern auch die regionale Herkunft die Einstellung zum Reich im deutschen Nachkriegsliberalismus beeinflusste. Bei Dehler ist unübersehbar, dass das „Reich“ und die fränkische Rolle darin – alle von ihm im „Lob auf Franken“ vorgebrachten Erwähnungen des „Reichs“ beziehen sich auf das Alte Reich – ein Mittel zur fränkischen Selbstvergewisserung vor allem gegenüber den „Altbayern“ waren.

#### IV. Von Mende zu Scheel

Überaus aufschlussreich ist mit Blick auf die erwähnte Diskussion in der FDP-Bundestagsfraktion über Dehler die Position des Fraktions- und Parteivorsitzenden Mende, der im Protokoll so zitiert wird: „Früher habe er gesagt, Bismarck habe das Reich geschaffen, Adenauer mache es kaputt. Das könne er heute als Bundesvorsitzender der Partei nicht mehr sagen.“<sup>58</sup> Der Verzicht auf den Reichs-Begriff war also auch eine Folge eines gewissen politischen Opportunismus. Entsprechend unentschieden fiel dann auch die Presseerklärung der Fraktion aus.<sup>59</sup> Diese datierte vom 18. Januar 1961, mithin dem neunzigsten Jahrestag der Kaiserproklamation, die zwar nicht erwähnt wurde, aber wohl in der Fraktions-Debatte auch mitschwang.

Denn diese war im Grunde nur eine Reaktion auf die Kritik an Dehler von CDU-Seite, die sich nicht allein auf die „Rheinbund“-Metapher bezog. Der nunmehrige Bundestagsvizepräsident hatte vor den versammelten deutschen Burschenschaften in Berlin auch von den „zwei deutschen Teilstaaten“ gesprochen, die sich „unter dem Reichsdach“ gebildet hätten.<sup>60</sup> Einmal mehr traten bei Dehler einerseits die Tendenzen zur Verklärung des Reiches

56 FDP-Bundestagsfraktion, 17.1.1961, [http://fraktionsprotokolle.de/fdp-03\\_1961-01-17-t1420\\_EP.xml](http://fraktionsprotokolle.de/fdp-03_1961-01-17-t1420_EP.xml) (12.01.2022).

57 Zitiert nach Wolfram Dorn/Friedrich Henning (Hrsg.): Thomas Dehler. Begegnungen, Gedanken, Entscheidungen. Bonn o. J. [1977], S. 29.

58 FDP-Bundestagsfraktion (wie Anm. 56).

59 Vgl. freie demokratische korrespondenz 12/3 v. 18.1.1961, S. 6.

60 Vortrag des Bundestagsvizepräsidenten (wie Anm. 55), S. 38.

hervor, andererseits verschloss er nicht die Augen vor der faktischen Entwicklung in der Deutschen Frage, verband also vermutlich eher ungewollt die deutschlandpolitische Vergangenheit der Liberalen mit ihrer zukünftigen Deutschlandpolitik.

Der jetzt amtierende Parteivorsitzende Mende saß dabei aber erkennbar zwischen den Stühlen. Kurz zuvor hatte er bei anderer Gelegenheit rhetorisch gefragt, „ob Nation, Vaterland, Deutsches Reich überholte Begriffe seien“,<sup>61</sup> aber eine klare Antwort darauf gab er nicht. Er verzichtete bei einer Rundfunkansprache zum Jahrestag der Reichsgründung auf den Begriff Reich selbst und negierte einerseits unüberwindliche Gegensätze zwischen „de(m) nationale(n) Gedanke(n) der deutschen Einheit und de(m) supranationale(n) Gedanke(n) Europas“. <sup>62</sup> Zugleich stellte er andererseits fest: „Die Bundesrepublik ist ein Übergangsstaat!“ Bezogen war das aber nicht auf Europa, sondern gemeint war damit, dass die Bundesrepublik nur „das halbe Deutschland“ sei.<sup>63</sup> Entsprechend schlug er, offenbar vollkommen ernst gemeint, in Anlehnung an die berühmte Losung von Ernst Moritz Arndt eine geänderte Fassung der Nationalhymne vor: „Nicht die Bundesrepublik allein, das ganze Deutschland soll es wieder sein.“<sup>64</sup>

Weniger wolkig waren dagegen die Diskussionen auf der schon erwähnten Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zu „Volk, Nation, Reich“, die wohl auch nicht zufällig um den neunzigsten Jahrestag der Kaiserproklamation herum durchgeführt wurde. Während dabei, wie oben dargelegt, die Referenten hochkarätig waren, fehlte unter den Teilnehmern die erste Garde der FDP, zumindest bei den protokollierten Wortmeldungen. Diese kamen von Persönlichkeiten, die in Stiftung und Partei davor oder danach eine gewisse Rolle spielten, aber – mit einer Ausnahme – niemals in der allerersten Reihe des Nachkriegsliberalismus standen.<sup>65</sup>

Interessant sind die Wortmeldungen aber dennoch, wenn man sie unter dem Blickwinkel der Geburtsjahre betrachtet. Denn die unterschiedlichen Positionen lassen sich eindeutig mit den unterschiedlichen Lebensaltern verbinden. Die beiden Senioren unter den Diskutanten, beide noch Kinder des 19. Jahrhunderts, ließen doch in unterschiedlichem Grad eine gewisse Bewunderung für Bismarcks Werk durchblicken: So war es für Werner Stephan – zunächst Reichsgeschäftsführer der DDP, dann Bundesgeschäftsführer der

61 Vgl. Aus der Rede des Bundesvorsitzenden der FDP, Mende, auf dem Dreikönigstreffen der FDP Baden-Württembergs in Stuttgart (6.1.61). In: Dokumente zur Deutschlandpolitik (wie Anm. 55), S. 44–47, hier S. 45, u. Ansprache des Bundesvorsitzenden der FDP, Mende, im Bayrischen Rundfunk (18.1.1961). In: Ebd., S. 144–147, Zitat S. 144.

62 Ansprache des Bundesvorsitzenden (wie Anm. 61), S. 144.

63 Ebd., S. 145.

64 Ebd., S. 147.

65 Die Ausnahme ist der spätere Bundeswirtschaftsminister und stellvertretende Parteivorsitzende Hans Friderichs.

FDP und zu diesem Zeitpunkt amtierender Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung, zwischendrin auch einmal im Reichspropagandaministerium – „ein großes Kunstwerk, den Zusammenschluß der deutschen Stämme zu einer Nation zustande zu bringen“.<sup>66</sup> Die hier erfolgte Gleichsetzung von Nation und Bismarckstaat wurde zwar von dem früheren MdB und Berliner Landesvorsitzenden Hans Reif zu Recht bestritten, aber auch für ihn war letzterer „der Staat, von dem wir in unserem Denken ausgehen“.<sup>67</sup>

Ganz anders sah es bei der damals „jüngeren“ Generation aus, die in den späten 1920ern und frühen 1930er Jahren geboren war. Der gelernte Historiker Barthold C. Witte, lange Jahre führend in der Friedrich-Naumann-Stiftung und der auswärtigen Kulturpolitik tätig, meinte:

„Das Wort ‚Reich‘ ist für uns Jüngere kein Gefühlswort mehr, weder im universalen Sinne, wie es das alte Römische Reich Deutscher Nation dem Anspruch nach war, noch im nationalen Sinne, wie es im Wilhelminischen Zeitalter verstanden wurde.“<sup>68</sup>

Der spätere niedersächsische Innenminister Rötger Groß bezweifelte, dass das Nationalgefühl für seine Altersgenossen überhaupt noch eine Rolle spielte, und der Theologe Klaus Scholder wollte die Begriffe Volk, Nation und Reich „endgültig beerdigen“.<sup>69</sup> Hans Friderichs schließlich, der damals noch am Beginn einer rasanten Karriere stand, brachte Dolf Sternbergers Position des Verfassungspatriotismus ins Spiel.<sup>70</sup>

Nicht den – wenn man so will – beiden Lagern zuordnen lassen sich einerseits die einzige Frau, die sich zu Wort meldete, und der bayerische Liberale Georg Letz. Die Stiftungskuratorin Anna Mosolf, auch sie noch vor der Jahrhundertwende geboren, wies daraufhin, dass die „Wiedervereinigung“ allenfalls ein moralisches, aber kein faktisches Ziel sein könne. Und der aus Berlin stammende, aber im fränkischen Erlangen, also im Dunstkreis Thomas Dehlers, kommunalpolitisch und beruflich wirkende Letz – mit Geburtsjahr 1919 zwischen den beiden „Generationen“ stehend – stellte in den Raum, ob man sich nicht eher „am alten Reichs-Begriff“ orientieren sollte.<sup>71</sup>

Wir haben also hier unter den liberalen Tagungsteilnehmern fast das gesamte Spektrum an Haltungen zum Reichs-Begriff, das uns schon begegnet ist. Was fehlte, war der von mir so bezeichnete aufgeladene oder „mythische“ Reichs-Begriff eines Dehler. Aber es war hier schon klar absehbar,

66 Volk, Nation, Reich (wie Anm. 11), S. 187 f.

67 Ebd., S. 224.

68 Ebd., S. 232.

69 Ebd., S. 50 f. u. 144 (Zitat).

70 Ebd., S. 238.

71 Ebd., S. 148.

dass die Wiederherstellung der Einheit in Form des „Reiches“ für die FDP zukünftig kein reales politisches Ziel mehr sein konnte – so Anna Mosolf – und es für die jüngeren Liberalen auch nicht mehr sein sollte.

Diese Tagung erlebte noch eine Art Neuauflage unter anderer Regie, bei der nun auch der Nachfolger Mendes an der FDP-Spitze, Walter Scheel, anwesend war. Bei dieser neuerlichen Veranstaltung im Jahre 1967 ging es nicht mehr um das „Reich“, sondern „nur“ noch um „Nation, Nationalismus und übernationale Gemeinschaft“. In diesem Zusammenhang bekannte sich Walter Scheel „zum europäischen Nationalismus“ und fügte an, er wisse wohl, „dass man den Menschen etwas geben muss, was im Bereich der Emotionen liegt“.<sup>72</sup> Das „Reich“ schien dem designierten FDP-Vorsitzenden dafür nicht – mehr – geeignet.

Ein Jahr zuvor war auch der damalige Bundestagsneuling Hans-Dietrich Genscher, der ebenfalls mit Geburtsjahr 1927 der erwähnten jüngeren Generation angehörte, aber im Gegensatz zu den zitierten Kolloquiums-Teilnehmern eine politische Sozialisation in der SBZ/DDR durchlaufen hatte, bei einer wegweisenden Rede in Stuttgart ohne jeglichen Bezug auf die ehemalige Staatsform der Deutschen ausgekommen. Explizit setzte er sich beim Aufzeigen möglicher Wege zur „Wiedervereinigung“ von den „Denkschablonen der fünfziger Jahre“ ab.<sup>73</sup> Nachdem Anfang 1968 Scheel den FDP-Vorsitz übernommen hatte – mit Hans-Dietrich Genscher als seinem ersten Stellvertreter –, wurde dem dann – wie gezeigt – endgültig auch programmatisch Rechnung getragen.

## V. Versuch eines Fazits

Wie kann man nun diese Befunde, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben und den Begriff „Nation“ „mangels Masse“ nur am Rande haben streifen können,<sup>74</sup> zusammenfassen und einordnen? Otto Dann hat vor drei Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass im Laufe des 19. Jahrhunderts für viele Deutsche „Reich“ und „Nation“ miteinander verschmolzen und die Deutschen dadurch spätestens ab 1871 zu einer „Reichsnation“ wurden,

72 Zitiert nach Nation, Nationalismus und übernationale Gemeinschaft. Ein Kolloquium veranstaltet vom Bildungswerk Europäische Politik. o. O. u. J. [Köln 1967], S. 81.

73 Hans-Dietrich Genscher: Deutsche Ost-, Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik. In: liberal 8 (1966), S. 730–741, Zitat S. 730.

74 Das Register zur Aktenedition der FDP in der britischen Zone führt den Begriff zwar auf, aber ausschließlich als zusammenfassende Umschreibung für „Vaterland“, „Nationalsinn“ etc. und verweist dann auf „Reich“, Albertin/Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus (wie Anm. 18), S. 378; an den genannten Stellen wird „Nation“ auch nicht unbedingt direkt verwendet.

die im Zweiten Weltkrieg unterging.<sup>75</sup> Am klarsten hatte dies wohl der älteste unter den hier behandelten Nachkriegsliberalen gesehen: Theodor Heuss befürchtete schon Mitte 1946, dass das „Reich“ allein unter Stalins Oberherrschaft weiterexistieren könne.<sup>76</sup> Viele andere Liberale wollten dies zunächst nicht wahr haben, teils sicher aus der nicht reflektierten Tradition heraus, in der „Reich“ eben als Synonym für die nationale Einheit bzw. für den gesamtdeutschen Staat galt, wie bereits 1873 der Breslauer Jurist Otto Gierke gemeint hatte.<sup>77</sup> Das würde die „Reichs-Affinität“ vieler noch im Kaiserreich geborener Liberaler wie Thomas Dehler erklären. Selbst Theodor Heuss, immerhin mehr als ein Jahrzehnt älter, stand zumindest teilweise noch in dieser Tradition, wenn er in seiner Rede zum Aufstand am 17. Juni 1953 ganz selbstverständlich von Berlin als der „Reichshauptstadt“ sprach.<sup>78</sup> Mancher, nicht nur der allerdings viel jüngere Erich Mende im Vorfeld der Wahl von 1961, verzichtete dennoch lieber auf den Reichs-Begriff aus Opportunitätsgründen. Dies tat bereits der LDP-Politiker Arthur Lieutenant, gleichaltrig wie Heuss, ganz explizit bei Erkundungsreisen in den Westen unmittelbar nach dem Weltkrieg.<sup>79</sup>

Aber auch ein Nachglanz der früheren „Sakralisierung der Reichsidee“ (Herfried Münkler)<sup>80</sup> findet sich im deutschen Nachkriegsliberalismus, so bei den Anhängern der „Nationalen Sammlung“ oder auch bei Thomas Dehler. Dabei war es bei Dehler eher eine stark „romantisch“ geprägte Reichs-Idee, bei seinen Parteifreunden im Westen Deutschlands, die er allerdings nicht unbedingt zu seinen politischen Freunden zählte,<sup>81</sup> weit mehr eine „machtpolitische“, die sich an der Stellung Deutschlands im frühen 20. Jahrhundert orientierte.<sup>82</sup> Jedoch war – wie gesehen – dieser positive, respektive aufgeladene „Reichs“-Bezug nicht typisch für den gesamten deutschen

75 Vgl. Dann: Nation (wie Anm. 4), S. 310–317.

76 Vgl. Heuss: Erzieher (wie Anm. 7), S. 191.

77 Zitiert bei Herfried Münkler: Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung. Weinheim 1996, S. 15, Anm. 10; vgl. auch Helmut Berschin: Deutschland – ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache. München 1979, S. 33, sowie als Beispiel für eine „vom völkischen Standpunkte“ „kritische“ Sicht auf die nach 1918 in der Öffentlichkeit fortgesetzte „unmittelbare Gleichsetzung der Worte ‚Reich‘ und ‚Deutschland‘“ Emil Meynen: Deutschland und Deutsches Reich. Sprachgebrauch und Begriffswesenheit des Wortes Deutschland. Leipzig 1935, hier S. 92 u. 94.

78 Theodor Heuss: „Gebt dem deutschen Menschen das Recht zu seiner Freiheit!“ In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 115 v. 23.6.1953, S. 977.

79 Bei seiner Grußadresse beim Gründungsparteitag der FDP in der britischen Besatzungszone, Albertin/Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus (wie Anm. 18), S. 29. Lieutenant empfahl, stattdessen quasi stellvertretend von „Deutschland“ zu sprechen.

80 Münkler: Reich (wie Anm. 77), S. 19 f.; vgl. auch Elisabeth Fehrenbach in ihrem Abschnitt im Art. Reich (wie Anm. 2), S. 489 f., die diese Aufladung vor allem bei den Burschenschaften sah.

81 Vgl. Wengst: Dehler (wie Anm. 51), S. 175–181.

82 Vgl. z.B. Albertin/Gringmuth (Bearb.): Politischer Liberalismus (wie Anm. 18), S. 146.



Nachkriegsliberalismus, wie mitunter behauptet worden ist.<sup>83</sup> Dehler wiederum ging über die Unterschiede zwischen „Altem Reich“ und „Deutschem Reich“, auf die jüngst Dieter Langewiesche nochmals großen Wert gelegt hat,<sup>84</sup> einfach hinweg, wobei sich der Reichs-Begriff in der FDP-Programmatik wohl fast immer an letzterem, allerdings in der republikanisch-demokratischen Verfassung von 1919 – mit den Grenzen von 1937 – orientierte, auch wenn die Anhänger des „Deutschen Programms“ von 1952 vermutlich bewusst eine andere Interpretation offen ließen.

Letztlich kann man auch an der liberalen Programmatik zwischen 1945 und 1969 das nachvollziehen, was einer der besten Kenner der deutschen „Reichstradition“ für die Zeit nach 1945 insgesamt festgestellt hat: Der Begriff „Reich“ verlor damals „jene Relevanz [...], die er zuvor gehabt hat“.<sup>85</sup> Das geschah im Liberalismus, im Gegensatz zur Annahme von Herfried Münkler, nicht unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg,<sup>86</sup> sondern bei vielen Liberalen erst im Zuge einiger „Auslaufjahre“, in denen die Generation, die politisch noch stark „reichs-sozialisiert“ war, jüngeren Politikern Platz machte, die nur noch die wenig erbauliche Endphase des „Reichs“ miterlebt hatten. Am Ende dieser Übergangsepoche, die rund ein Vierteljahrhundert umfasste, stand allerdings nicht nur ein Wechsel in der liberalen Perspektive auf das Reich und die Einheit der Deutschen, sondern ein weit darüberhinausgehender genereller Perspektiven- und Positionierungswechsel, in dem immer mehr der von Theodor Heuss ins Spiel gebrachte Begriff „Bundesrepublik“ zum Synonym für die deutsche Gesamtstaatlichkeit wurde.<sup>87</sup>

83 Art. Volk, Nation (wie Anm. 3), S. 422 (Reinhart Koselleck).

84 Dieter Langewiesche: Vom vielstaatlichen Reich zum föderativen Bundesstaat. Eine andere deutsche Geschichte. Stuttgart 2020, bes. S. 42 f.

85 Joachim Whaley: Reich. In: Europäische Geschichte Online (EGO): Hrsg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2017–08–30. <http://ieg-ego.eu/de/threads/crossroads/politische-raeume/joachim-whaley-reich> (15.1.2022), S. 20.

86 Vgl. Münkler: Reich (wie Anm. 77), S. 58 f.

87 So 1979 – allerdings mit eher resignativem Unterton – Berschin: Deutschland (wie Anm. 77), S. 99.

